

Frankfurter Rundschau  
26. Februar 1979

# Kernkraftwerk Grohnde darf vorerst weitergebaut werden

## Oberverwaltungsgericht Lüneburg stellt sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung wieder her

LÜNEBURG, 25. Februar (Reuter/dpa). Das Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln an der Weser darf vorerst weitergebaut werden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hob mit einer entsprechenden Entscheidung am Wochenende ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover auf, das die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung außer Kraft gesetzt hatte.

Vom Bauherren Preußen Elektra war am Wochenende zu erfahren, daß die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden sollen, sobald die im Laufe kommenden Woche erwartete schriftliche Begründung des Oberverwaltungsgerichts vorliegt.

Zwei pharmazeutische Firmen, die eine Beeinträchtigung ihrer chemischen Produkte durch das Kernkraftwerk befürchteten, hatten vor dem Verwaltungsgericht Hannover geklagt. Das

Lüneburger Oberverwaltungsgericht entschied, die bloße Errichtung der genehmigten Kraftwerksteile beeinträchtige die Produktion der Firmen nicht. Dagegen entstehe durch den Bau stopp aber Schaden an dem unfertigen Bauabschnitt.

Bevor das Oberverwaltungsgericht jedoch endgültig über Grohnde entscheidet, müsse der Bauherr weitere Gutachten vorlegen, schränkte das Gericht sein Urteil ein.

Bislang waren rund 600 Millionen Mark an Bauleistungen, Vorfertigungen und festen Verpflichtungen in das Kernkraftwerk gesteckt worden. Gesamtinvestitionen in Höhe von 1,1 Milliarden Mark waren wegen des Baustopps blockiert. Der Druckwasserreaktor soll nach Fertigstellung 1300 Megawatt Strom liefern. Seit dem Baustopp im August 1977 konnten lediglich Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden.

Im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerks Grohnde war es Ende 1977 zu einer der „gewalttätigsten Auseinandersetzungen“ zwischen Kernkraftwerksgegnern und Ordnungskräften gekommen, in deren Verlauf rund 800 Demonstranten und 240 Polizisten verletzt worden waren. Elf Demonstranten wurden inzwischen wegen Landfriedensbruch, Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder Körperverletzung angeklagt. Acht Freiheitsstrafen zwischen neun und 19 Monaten wurden verhängt.



Die Welt 26. Februar 1979

## Baustopp für das Kernkraftwerk Grohnde vorerst aufgehoben

Welt  
26.2.79

DW. Lüneburg

Das Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln an der Weser darf vorerst weitergebaut werden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hob am Wochenende den im Juni 1977 vom Verwaltungsgericht Hannover verhängten Baustopp vorläufig auf. Die Bauarbeiten sollen noch in dieser Woche wieder aufgenommen werden, sobald die schriftliche Begründung des Gerichts vorliegt, teilte der Bauherr Preussenelektra dazu mit.

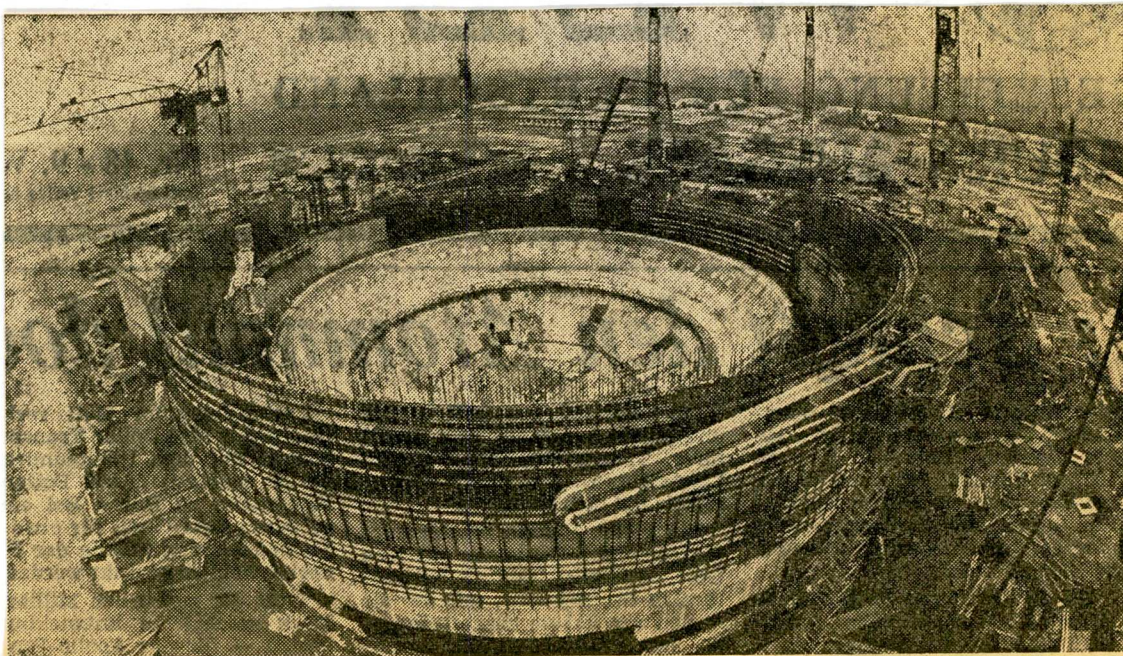
Ob die vorläufige Genehmigung in eine endgültige umgewandelt wird, hängt nach Angaben des Lüneburger Senats vom Hauptverfahren ab, für das noch mehrere wissenschaftliche Untersuchungen erforderlich seien.

Der Baustopp war von den Eigentümern chemischer und

pharmazeutischer Fabriken in der Nähe des Kernkraftwerksgeländes erwirkt worden. Sie befürchteten eine Verunreinigung der von ihnen hergestellten Produkte durch mögliche radioaktive Schadstoffe aus dem Kernkraftwerk. Das Oberverwaltungsgericht kam dagegen aufgrund der bisher vorliegenden „sehr kontroversen Gutachten“ zu dem Schluß, daß eine mögliche Verunreinigung „weit unter der Gefahrgrenze bleiben werde“. Außerdem beeinträchtige die bloße Errichtung der genehmigten Kraftwerksteile die Produktion der Firmen noch nicht. Dagegen seien Schäden an der Bausubstanz unvermeidlich, wenn halbfertige Teile weiterhin der Witterung ausgesetzt seien. Ein Sprecher der Preussenelektra bestätigte dazu, daß nach der eineinhalbjährigen Pause schon

„enorme Vorarbeiten“ notwendig seien, um überhaupt mit den eigentlichen Bauarbeiten wieder beginnen zu können.

Sofort nach Bekanntwerden der Lüneburger Entscheidung riefen mehrere Vereine und Organisationen aus dem Raum Hameln zu einem Protest-Karnevalszug zum Baugelände auf. Bereits am 19. März 1977 war es auf der Wiese an der Weser zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kernkraftgegnern und der Polizei gekommen: An der „Schlacht um Grohnde“ nahmen rund 12 000 Demonstranten teil. 240 Polizeibeamte und fast 800 Demonstranten wurden dabei verletzt. Drei Monate später errichteten 200 KKW-Gegner auf dem Baugelände ein Anti-Atomdorf, das sie erst im August 1977 räumten, als die Polizei mit 1100 Beamten anrückte.



Der Bau des Kernkraftwerkes Grohnde kostete bisher rund 600 Millionen Mark, Gesamtinvestitionen von 1,1 Milliarden Mark waren wegen des Baustopps blockiert. Seit Sommer 1977 konnten lediglich Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden. Der Druckreaktor soll nach Fertigstellung 1300 Megawatt Strom liefern.

FOTO: AP



# Demonstranten auf Schadensersatz verklagt

18 Atomkraftgegner sollen 234 000 Mark an das Land Niedersachsen zahlen

HANNOVER (lin) Zum ersten Mal in der Bundesrepublik sollen jetzt Atomkraftwerksgegner durch Gerichte gezwungen werden, für Schäden bei gewalttätigen Demonstrationen aufzukommen. Für das Land Niedersachsen erreichte am Mittwoch die Bezirksregierung Hannover Schadensersatzklagen in Höhe von 234 000 Mark gegen 18 Grohnde-Demonstranten beim Landgericht Hannover ein.

Die Betroffenen hatten an der Demonstration am 19. März 1977 gegen den inzwischen stillgelegten Kernkraftwerksbau Grohnde bei Hameln teilgenommen. Sie waren von der Bezirksregierung im September vergangenen Jahres aufgefordert worden, Teilbeträge der Schadensersatzforderung zu zahlen, reagierten jedoch nicht. Nach Angaben der zuständigen Zweiten Zivilkammer des Landgerichts ging die Klage am Mittwoch ein. Sie soll den Demonstrationsteilnehmern in den kommenden Tagen zugestellt werden.

In der Klagebegründung heißt es,

die Beklagten hätten sich an den Gewalttätigkeiten während einer versuchten Besetzung des Geländes und an der Auseinandersetzung mit der Polizei beteiligt und die Schäden dadurch mitverursacht.

Möglicherweise will auch der künftige Betreiber des Kraftwerks, die Gemeinshaftskernkraftwerk Grohnde GmbH, Schadensersatz geltend machen. Nach Angaben eines Sprechers sei diese Frage jedoch noch nicht abschließend entschieden. Man wolle erst einmal abwarten, wie die Landesregierung mit ihren Ansprüchen durchkomme.

Die Zweite Zivilkammer wird das Verfahren gegen die 18 Grohnde-Demonstranten — nur ein Teil von ihnen hatte sich vor den Strafkammern des Landgerichts wegen Landfriedensbruchs und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verantworten müssen — frühestens Ende April anberaumen. Wenigstens ein halbes Jahr soll der Prozeß dauern. „Unter Umständen kann sich das aber auch jahrelang hin-

ziehen“, meinte der Vorsitzende Richter.

Im benachbarten Schleswig-Holstein hatte die Landesregierung von etwa 20 „Anti-Atom-Dörfern“ nicht Schadensersatz, sondern Kostenerstattung erhoben. Noch allerdings ist gegen die Wiesenbesitzer von Brokdorf kein Vollstreckungsbefehl ergangen. Die Landesregierung will, wie am Mittwoch in Kiel verlautete, zunächst abwarten, wie ein Widerspruchsverfahren, das die Atomgegner beim Kreis Steinburg gegen eine Grundverfügung eingeleitet hatten, ausgeht.

Erst durch jene Grundverfügung war die Räumung des Geländes und damit der Polizeieinsatz notwendig geworden. Ein Zeitpunkt, wann das Verwaltungsgericht über den Widerspruch entscheidet, ist noch nicht abzusehen. Die Räumung war seinerzeit mit Verstößen der Atomdörfler gegen das Landschaftspflegegesetz und wegen Hausfriedensbruchs angeordnet worden.

**Drei der Grohnde-Urteile  
sind jetzt rechtskräftig** FAZ

Tgn. HANNOVER, 21. Januar. Drei der elf Urteile, die verschiedene Strafkammern des Landgerichts Hannover bisher über angeklagte Teilnehmer an den gewalttätigen Demonstrationen gegen den Kernkraftwerksbau bei Grohnde vom 19. März 1977 gefällt haben, sind inzwischen rechtskräftig geworden. In einem Fall wurde die Revision des Angeklagten (verurteilt zu einem Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung) vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen, im zweiten Fall (dieselbe Freiheitsstrafe, jedoch mit Bewährung) wurden die Revisionen des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft ebenso verworfen, im dritten Fall (Freispruch) nahm die Staatsanwaltschaft ihre Revision zurück.

22.1.79



32

16.1.79

# Bei Grohnde verrottet ein halbfertiges Kernkraftwerk

Weiterbau frühestens in zwei oder drei Jahren möglich

**HANNOVER (nrp)** Seit dem 20. Oktober 1977 ruht der Bau des Kernkraftwerks Grohnde an der Bundesstraße 83 bei Hameln. Rund 600 Millionen Mark Kosten entstanden bislang durch Bauleistungen, Vorfertigungen und feste Verpflichtungen. Nach Angaben der Bauherren des Gemeinschaftskernkraftwerkes sind Investitionen in Höhe von rund 1,1 Milliarden Mark blockiert. 16 Monate nach Baubeginn hatte eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover die nach der ersten Teilerrichtungsgenehmigung begonnenen Arbeiten zum Stillstand gebracht.

Mit dem juristischen Eingriff, der eine politische Entscheidung vorläufig außer Kraft setzte, kam auch das Aus für 750 Arbeitskräfte, die von der Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH entlassen wurden. 20 Mann bemühen sich zur Zeit noch, die gespenstische Kulisse in Schuß zu halten.

Die Befürchtung, radioaktive Strahlen könnten ihre chemischen und pharmazeutischen Erzeugnisse schädigen, hatte zwei Firmen veranlaßt, vor Gericht zu ziehen. Die hannoverschen

Richter bestätigten diese Befürchtung nicht. Sie begründeten den verfügten Baustopp vielmehr mit einer Rüge für die politisch Verantwortlichen. Nach Meinung des Verwaltungsgerichts ist die Frage einer möglichen Beeinflussung der Produkte vor Erteilung der ersten Teilgenehmigung nicht intensiv genug geprüft worden.

Nächste Instanz ist jetzt das Obergericht Lüneburg, das entscheidet, wie es in Grohnde weitergeht.